

TAMPEP wurde 1993 als Reaktion auf die Probleme von migrantischen Sexarbeiter\_innen in Europa gegründet. Seit ihrer Gründung hat die Organisation in 28 europäischen Ländern die Strukturen sowie Wandlungsprozesse innerhalb der Sexindustrie beobachtet und sich dafür eingesetzt, dass migrantische Sexarbeiter\_innen Zugang zu Beratung und Unterstützungsleistungen bekommen. Dabei versucht TAMPEP bis heute, migrantischen Sexarbeiter\_innen eine Stimme zu geben. Im Laufe der letzten 20 Jahre hat TAMPEP Verstöße gegen die Menschenrechte von Sexarbeiter\_innen dokumentiert sowie Sachverhalte und Problemstellungen aufgezeigt, von denen migrantische Sexarbeiter\_innen in Europa betroffen sind.

**TAMPEP verpflichtet sich weiterhin zu diesen Zielsetzungen und fordert programmatisches Denken darüber ein, wie Sexarbeiter\_innen in Europa in Zukunft besser unterstützt werden können, insbesondere in Hinblick auf die zunehmende Anti-Prostitutionshaltung und Xenophobie in Europa.**

**Wir befinden uns in einem entscheidenden Moment für eine von Sexarbeiter\_innen angeführte Interessensvertretung mit Unterstützung der Zivilgesellschaft und strategischen Verbündeten.**

**Es wird Zeit für ein Europa frei von Stigmatisierung und Diskriminierung!**



## TAMPEP zur Situation von inländischen und migrantischen Sexarbeiter\_innen in Europa

**Nationale Gesetze und Regelungen haben große Bedeutung für die Reduktion von Vulnerabilität sowie für die Bekämpfung von Gewalt gegen Sexarbeiter\_innen und spielen außerdem eine entscheidende Rolle dabei, dass Sexarbeiter\_innen universeller Zugang zu Rechten und Justiz garantiert werden kann. Durch die Entkriminalisierung von Sexarbeit können sichere**

**Arbeitsbedingungen gewährleistet und Sexarbeiter\_innen dazu ermächtigt werden, selbstbestimmt gegen Gewalt vorzugehen und ihre Menschenrechte einzufordern.**

Diese Position wird von mehreren Organen der Vereinten Nationen (UNFPA, UNAIDS und UNDP) unterstützt sowie von mehreren bedeutenden Menschenrechtsorganisationen wie Human Rights Watch<sup>1</sup> und Amnesty International, die nach eingehender Beratung in einem Richtlinienentwurf die Entkriminalisierung von Sexarbeit empfiehlt<sup>2</sup>. Ebenso schließen sich die Anti-Menschenhandelsorganisationen GAATW<sup>3</sup> und La Strada International<sup>4</sup> sowie bedeutende feministische Foren (AWID) und Stiftungen wie die Open Society Foundation, Mama Cash und der Red Umbrella Fund dieser Position an. Die Entkriminalisierung von Sexarbeit wird außerdem von Sexarbeitsnetzwerken und regionalen, nationalen sowie internationalen Sexarbeitsorganisationen unterstützt, wie z. B. TAMPEP (European Network for HIV/STI Prevention and Health Promotion among Migrant Sex Workers), NSWP (Global Network of Sex Work Projects), ICRSE (International Committee on the Rights of Sex Workers in Europe) and SWAN (Sex Workers' Rights Advocacy Network).

<sup>1</sup> Nachzulesen unter:

<http://www.hrw.org/reports/2012/07/19/sex-workers-risk>;  
<http://www.hrw.org/news/2014/06/18/canadas-prostitution-bill-step-wrong-direction>; und  
<http://www.hrw.org/news/2013/05/14/china-end-violence-against-sex-workers>

<sup>2</sup> Amnesty International hat sich am 11. August 2015 im Rahmen einer Abstimmung für die Entkriminalisierung von Sexarbeit ausgesprochen. Nachzulesen unter:

<https://www.amnesty.se/upload/files/2014/04/02/Summary%20of%20proposed%20policy%20on%20sex%20work.pdf>

<sup>3</sup> Nachzulesen unter:

<http://www.gaatw.org/resources/statements/754-gaatw-is-statement-on-attack-on-un-research-calling-for-the-decriminalisation-of-sex-work> und  
[http://www.gaatw.org/statements/GAATWStatement\\_05.2013.pdf](http://www.gaatw.org/statements/GAATWStatement_05.2013.pdf)

<sup>4</sup> <http://lastradainternational.org/>

## Entkriminalisierung

Wenn man alle Forderungen von Sexarbeiter\_innen mit einem Wort zusammenfassen könnte, wäre dieses Entkriminalisierung. Progressive Regierungen in Neuseeland und New South Wales in Australien haben ein legislatives Entkriminalisierungsmodell eingeführt, um die Situation von Sexarbeiter\_innen zu verbessern. Vor kurzem wurde dieses Modell von der neuseeländischen Regierung und dem New Zealand Prostitutes Collective positiv evaluiert.<sup>5</sup> **Die Ergebnisse dieser Evaluation zeigen eine signifikante Reduktion der Vulnerabilität von Sexarbeiter\_innen und belegen einen verbesserten Zugang zu Menschenrechten.**

Unter Entkriminalisierung versteht man die Abschaffung aller strafrechtlichen Maßnahmen, die Sexarbeit betreffen und gleichzeitig einen Weg, um sicherzustellen, dass Regierungen die Menschenrechte von Sexarbeiterinnen achten. Die Forderung nach Entkriminalisierung beinhaltet auch die Aufhebung strafrechtlicher Maßnahmen, die in die Sexarbeit involvierte Drittparteien betreffen; bedeutet aber gleichzeitig die Möglichkeit, sicherzustellen, dass Sexarbeiter\_innen unabhängig und/oder in Kooperativen arbeiten können.

**Selbstbestimmung und Autonomie von Sexarbeiter\_innen gehören maßgeblich zum Verständnis des Entkriminalisierungsmodells.**

Sexarbeiter\_innen und ihre Unterstützer\_innen treten häufig für die **vollständige Entkriminalisierung** im Rahmen eines Rechtssystems ein, das auch anderweitige Hürden beseitigt, die gerade migrantische Sexarbeiter\_innen vulnerabel gegenüber Gewalt und Menschenhandel machen und gleichen Zugang zu Menschenrechten erschweren. Der Leitgedanke hinter diesem Ansatz ist, dass Regierungen zur Bekämpfung der Vulnerabilität von Sexarbeiter\_innen den vollständigen Schutz ihrer Menschenrechte gewährleisten müssen, unabhängig von ihrer Nationalität und/oder ihrem

aufenthaltsrechtlichen Status im Gastland. Diese zu schützenden Rechte umfassen unter anderem **das Recht auf Leben, Gesundheit, Migration, Arbeit, Privatsphäre, Vereinigung, Gleichheit vor dem Gesetz sowie das Recht, frei von Menschenhandel und sklavereiähnlichen Praktiken zu sein.**

## Stigma und Migration

**Trotz der Forderungen nach Entkriminalisierung werden die Gesetze zu Sexarbeit im europäischen Raum immer strenger und repressiver. TAMPEP hat in mehreren Publikationen dokumentiert, welche negativen Konsequenzen diese nationalen Gesetze und Verordnungen für Sexarbeiter\_innen haben.**

Sexarbeit wird von Regierungen und der Gesellschaft kaum als Arbeit anerkannt. Die mächtigste Waffe gegen die Anerkennung von Sexarbeit als Arbeit ist das Stigma, mit dem Sexarbeit behaftet ist<sup>6</sup>. In der Praxis bedeutet das, dass Entscheidungsträger\_innen Maßnahmen entwickeln und einführen, die Würde und Menschenrechte von Sexarbeiter\_innen untergraben, anstatt die Selbstbestimmung und Autonomie von Sexarbeiter\_innen zu fördern sowie zu unterstützen und ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen zu verbessern.

Es bestehen deutliche Zusammenhänge zwischen diesem repressiven Trend und der aktuellen Debatte um Menschenhandel. Anti-Prostitutionsgruppen benutzen die Rhetorik der Menschenhandelsdebatten, um auf die Abschaffung der Prostitution zu drängen. Die Anti-Immigrationslobby benutzt den Menschenhandelsdiskurs, um strengere Einwanderungsbeschränkungen zu fordern<sup>7</sup>.

**Die Stimmen von Sexarbeiter\_innen werden dabei von Entscheidungsträger\_innen oder Massenmedien häufig ignoriert oder missbraucht.** Im Rahmen dieser Unsichtbarkeit und Isolation sind migrantische Sexarbeiter\_innen besonders von repressiven

<sup>5</sup> Nachzulesen unter: <http://www.parliament.nz/en-nz/parliament-support/research-papers/00PLSocRP12051/prostitution-law-reform-in-new-zealand>

<sup>6</sup> Sujata Gothoskar, Apoorva Kaiwar (2014).

<sup>7</sup> NSWP Informationspapier zu Menschenhandel: <http://www.nswp.org/sites/nswp.org/files/SW%20is%20Not%20Trafficking.pdf>

Maßnahmen und der zunehmenden Xenophobie betroffen.

Die Kriminalisierung von Sexarbeit, Sexarbeiter\_innen und ihren Kund\_innen wird häufig von Anti-Migrationsgesetzen begleitet, die darauf abzielen, undokumentierte Migrant\_innen zu verhaften und abzuschleppen. Das führt dazu, dass migrantische Sexarbeiter\_innen in den Untergrund und versteckte Arbeitsbereiche gedrängt werden, um der Verfolgung und dem Risiko einer Abschiebung zu entgehen. Dieser Trend verschärft die Gefahr für Sexarbeiter\_innen, Opfer von Menschenhandel zu werden, und verringert ihre Zugangsmöglichkeiten zu Unterstützung und Gesundheitsleistungen sowie zu Rechten und Justiz.

### **EU-spezifische Trends**

Ein Trend, der in vielen TAMPEP-Berichten der letzten Jahre charakterisiert und deutlich hervorgehoben wird, ist der Anstieg von Migration und Mobilität unter Sexarbeiter\_innen - sowohl global betrachtet als auch besonders im Bereich der Migration von Sexarbeiter\_innen nach und innerhalb von Europa<sup>8</sup>. Bei diesem Trend handelt es sich um eine direkte Konsequenz der Globalisierung, der allerdings auch mit historischen und sozio-ökonomischen Faktoren sowie der Erweiterung der Europäischen Union in Zusammenhang steht.

**Migration muss als entscheidender Faktor für die Analyse von Sexarbeit in Europa berücksichtigt werden.** Migrant\_innen machen bei Weitem die größte Gruppe von Sexarbeiter\_innen in der Region aus. Die Migration und Mobilität von Sexarbeiter\_innen kann auch in der Europäischen Union deutlich beobachtet werden.

Das Problem dahinter liegt im Rassismus und der Xenophobie, die den Migrations- und Mobilitätstrends in Europa folgen. Undokumentierte migrantische Sexarbeiter\_innen sind besonders von Strafverfolgungen betroffen und erleben ein hohes Ausmaß an Gewalt und Ausbeutung.

Verstärkt hat sich diese Problemlage durch die Folgen der Finanzkrise, die die EU und den Rest der Welt seit 2008 prägen, durch im Zuge der Terrorismusbekämpfung spontan beschlossene Gesetze zur Bewahrung der nationalen Sicherheit sowie durch Gesetze zur öffentlichen Sicherheit.

### **Zunehmender Konservatismus**

**TAMPEP verzeichnet einen zunehmenden politischen und sozialen Konservatismus, der die Menschenrechte und bürgerlichen Freiheiten von vulnerablen Gruppen beeinträchtigt.**

Konservative Rückschritte in den Bereichen Sexarbeit, Drogenkonsum und Migration werden dadurch verursacht, dass evidenz- und menschenrechtsbasierte Ansätze im Rechtsbereich ignoriert werden.

Sozio-ökonomische Richtlinien verursachen in Kombination mit der voranschreitenden Verschärfung sozialer Ungleichheiten tiefgreifende soziale Exklusion und Diskriminierung von Sexarbeiter\_innen, vor allem den besonders vulnerablen Mitgliedern dieser Gruppe (Migrant\_innen, Transgender Sexarbeiter\_innen, Drogenkonsument\_innen etc.).

### **Menschenhandel vs. Sexarbeit**

**Um gegen Rechtsverstöße und Missbrauch in der Sexindustrie vorzugehen, haben die EU-Mitgliedsstaaten den Kampf gegen den Menschenhandel dazu genutzt, Prostitution und Migration zu bekämpfen, anstatt ein sicheres und hilfreiches Umfeld für Sexarbeiter\_innen zu schaffen, in dem Sexarbeiter\_innen arbeiten und sich selbst organisieren können sowie gute Arbeitsbedingungen gewährleistet werden.**

Die Sexindustrie hingegen zu zerstören bedeutet für Sexarbeiter\_innen einen schwerwiegenden Eingriff in ihren Lebens- und Arbeitsalltag und zwingt sie in die Illegalität und Isolation. Gleichzeitig werden Menschenhandelsopfer selten gefunden – und wenn sie gefunden werden, werden ihre

<sup>8</sup> Nachzulesen in aktuellen Europa-Bestandsaufnahme von TAMPEP:

<http://tampep.eu/documents/TAMPEP%202009%20European%20Mapping%20Report.pdf>

Bedürfnisse kaum adäquat gehandhabt. Entscheidungsträger\_innen setzen Sexarbeit mit Menschenhandel gleich, was einerseits zu ineffektiven und alle Sexarbeiter\_innen betreffenden Gesetzen führt, während andererseits die Bedürfnisse derjenigen Sexarbeiter\_innen, die nicht von Menschenhandel betroffen sind, ignoriert werden.

Eine der fünf Prioritäten der EU im Kampf gegen den Menschenhandel ist es, die Prävention von Menschenhandel zu forcieren<sup>9</sup>. Die meisten Entscheidungsträger\_innen reduzieren ihre Definition von Prävention allerdings auf die Einschränkung der Nachfrage und des Angebots an Dienstleistungen und Waren, die von Menschenhandelsopfern angeboten oder hergestellt werden. Dahinter steht die Annahme, dass die Einschränkung der Nachfrage nach sexuellen Dienstleistungen dem Menschenhandel ein Ende setzen wird.

Obwohl die strategischen Ziele der EU von einer wesentlich breiter gefassten Interpretation von Nachfrage ausgehen, zeugen die Gesetze und Regelungen zur Kriminalisierung von Sexarbeitskund\_innen davon, dass diese Zielsetzungen unverhältnismäßig auf die Sexindustrie allgemein angewandt werden.

Zieht man eine breite Definition von Menschenhandel heran, wird deutlich, dass Maßnahmen und Gesetze zur Bekämpfung von Menschenhandel das breite Spektrum, in denen Menschen von Menschenhandel betroffen sein können, wie z.B. in der Bauwirtschaft, Landwirtschaft, Nahrungsmittelindustrie, Haus- und Pflegearbeit, widerspiegeln müssen. Obwohl belegt ist, dass Menschenhandel und Zwangsarbeit dadurch angetrieben werden, dass eine steigende Nachfrage nach billigen, unqualifizierten und einfach entbehrlichen Arbeitskräften mit immer restriktiver werdenden Einwanderungsbestimmungen und einem Mangel an arbeitsrechtlichen Absicherungen für migrantische Arbeitskräfte kombiniert wird, wird im Rahmen von Gesetzgebungen gegen diese strukturellen

Determinanten von Menschenhandel und Zwangsarbeit nicht vorgegangen.

**Von 2012 bis 2016 gab es in der EU keine Bestrebungen, gesetzliche Entkriminalisierungsmodelle als eine Strategie zu verfolgen, gegen Menschenhandel vorzugehen und die Situation von Sexarbeiter\_innen in Europa zu verbessern.**

TAMPEP hat ebenso festgestellt, dass Förderinitiativen der EU und anderen Spender\_innen immer öfter zur Finanzierung von Anti-Menschenhandelskampagnen und abolitionistischen Bestrebungen genutzt werden, allerdings nur selten Sexarbeitsorganisationen oder Beratungsstellen mit einem menschenrechtsorientierten Ansatz zu Gute kommen.

### **Abolitionismus und das Schwedische Modell**

Abolitionistische feministische Lobbygruppen wie die European Women's Lobby und Equality Now werden immer stärker und einflussreicher und haben gerade im Zuge der momentanen Debatten und der damit zusammenhängenden politischen Interessen zum Thema Frauenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung und Prostitution, finanzielle Unterstützung bekommen.. Abolitionistische Feminist\_innen und Organisationen unterstützen häufig das sog. Schwedische Modell, was sich inzwischen zu einem gefährlichen europäischen und globalen Trend entwickelt hat.

**Das Schwedische Modell – ein 1999 in Schweden entwickeltes Gesetzesmodell – zielt darauf ab, das Auftreten der Prostitution zu reduzieren, nicht aber darauf, sichere Arbeitsbedingungen für Sexarbeiter\_innen zu gewährleisten. Diese rechtliche Initiative kriminalisiert Kund\_innen von Sexarbeiter\_innen und begreift alle Menschen in der Sexindustrie als Opfer.**

<sup>9</sup> Die EU Richtlinie 2011/36/EU zur Verhütung und Bekämpfung des Menschenhandels und die Strategie der EU zur Beseitigung des Menschenhandels 2012-2016, <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2011:101:0001:0011:DE:PDF>; <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52012DC0286&from=EN>

[lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2011:101:0001:0011:DE:PDF](http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2011:101:0001:0011:DE:PDF); <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52012DC0286&from=EN>

In Europa haben mehrere Staaten (Norwegen, Island und Nordirland) Gesetze eingeführt oder versucht einzuführen (Frankreich und Schottland), die Sexarbeiter\_innen oder den Kauf sexueller Dienstleistungen kriminalisieren, ohne dabei Rücksicht auf die negativen Konsequenzen zu nehmen, die die Kriminalisierung von Kund\_innen für Sexarbeiter\_innen hat.<sup>10</sup>

**TAMPEP fordert eine kritische Reaktion auf die Herausforderungen der (neo-)abolitionistischen Ansätze: Das Schwedische Modell, das äußerst kontrovers und nachteilig für migrantische wie inländische Sexarbeiter\_innen ist, weil es ihre Kund\_innen kriminalisiert und Sexarbeit in den Untergrund drängt, wurde ideologisiert und fälschlicher- sowie gefährlicherweise als gutes Beispiel beworben, das andere Staaten adaptieren sollen.**

Schwedische Sexarbeiter\_innen beobachten, dass die Kriminalisierung dazu geführt hat, dass ihnen nun weniger Zeit zur Verfügung steht, Arbeitsbedingungen oder sichere Arbeitsplätze auszuhandeln. Sexarbeiter\_innen, die in privaten Räumlichkeiten arbeiten, können nicht länger Informationen wie z.B. Name und Telefonnummer ihrer Kund\_innen verlangen und haben keine Zeit zu verhandeln, welche Leistungen angeboten werden können, wodurch ihre Sicherheit beeinträchtigt wird.

Sexarbeiterinnen, die im öffentlichen Raum auf der Straße arbeiten, sind am stärksten betroffen. Sie sind gezwungen, an den Rändern der Städte zu arbeiten, in kaum sichtbaren und schlecht zugänglichen Gebieten, in denen die Polizei ihre Kund\_innen nicht verhaften kann. Es wird dadurch immer unwahrscheinlicher, dass sie Kontakt zu aufsuchender Beratung bekommen.

**Das Schwedische Modell basiert auf Ideologie und nicht auf Fakten. Wenn Kund\_innen sich in der Gefahr sehen, verhaftet zu werden, wird Prostitution automatisch in den Untergrund gedrängt.**

Wie Sexarbeiter\_innen und ihre Unterstützer\_innen aufzeigen, untergräbt die Kriminalisierung von Kund\_innen die Selbstbestimmung von Sexarbeiter\_innen, zwingt sie zudem in den Untergrund und verstärkt außerdem die Stigmatisierung und Diskriminierung, die bereits jetzt zur Marginalisierung von Sexarbeiter\_innen führt. Zusätzlich haben das Schwedische Modell und die Kreuzzüge gegen Menschenhandel und Prostitution die Gesetzgebungen in Deutschland und den Niederlanden in Kritik gebracht.

Obwohl die gegenwärtigen gesetzlichen Regelungen in Ländern wie den Niederlanden und Deutschland nicht frei von Problemen sind, delegitimieren die Ansätze zur Regulierung der Sexindustrie die Sexarbeit nicht und versuchen nicht, Sexarbeit abzuschaffen, wie z.B. das Schwedische Modell.

Abolitionistische Kampagnen<sup>11</sup> und politische Lobbyarbeit haben zunehmend mediale Aufmerksamkeit und politische Unterstützung bekommen, obwohl anhand umfassender Beweise belegt ist, dass die Kriminalisierung von Kund\_innen oder Sexarbeiter\_innen lediglich Vulnerabilitäten verstärkt und Gewalt und Ausbeutung in der Sexindustrie nicht effektiv in Angriff nimmt.

**Befürworter\_innen der Kriminalisierung von Kund\_innen oder Sexarbeit insgesamt sind bereit, unter dem Vorwand des Schutzes von Frauen die Ansichten und Meinungen derjenigen außer Acht zu lassen, die direkt von dieser Kriminalisierung betroffen sind: Sexarbeiter\_innen selbst.**

Sexarbeiter\_innen sind auffälligerweise abwesend bei Konferenzen, die organisiert werden, um Kriminalisierungsstrategien zu besprechen. Die gegenwärtigen europäischen Abolitionist\_innen lehnen den Begriff „Sexarbeit“ sowie die Idee der Sexarbeit als Arbeit ab und ignorieren und schließen mit allen Mitteln die Stimmen derjenigen aus, die in der Sexindustrie arbeiten.

<sup>10</sup> Siehe auch:  
<http://www.nswp.org/sites/nswp.org/files/Criminalisation%20of%20Clients-c.pdf>

<sup>11</sup> Siehe Kampagne "Europe Free from Prostitution" – EWL; Deutschland EMMA

Im Jahr 2014 haben 560 NGOs und 94 Forscher\_innen von den Mitgliedern des Europäischen Parlaments die Ablehnung des sogenannten Honeyball Reports (und der Anfrage einer Resolution des Europäischen Parlaments über sexuelle Ausbeutung und Prostitution und deren Auswirkung auf die Geschlechtergerechtigkeit) gefordert, da er die Kriminalisierung von Kund\_innen von Sexarbeiter\_innen vorgeschlagen hat.<sup>12</sup>

Die Resolution, die schließlich (in einer leicht abgeänderten Form) angenommen wurde, spricht sich dafür aus, die Nachfrage einzuschränken und den Erwerb sexueller Dienstleistungen zu kriminalisieren.<sup>13</sup>

Das stellt eine ernstzunehmende Bedrohung für Sexarbeiter\_innen in Europa dar und gleichzeitig eine Niederlage für Menschenrechte, evidenzbasierte Politik und einer die Menschenwürde achtenden politischen Debatte.

### Polizeiliche Kontrolle und Repression

Sexarbeiter\_innen werden in Europa häufig auf Straßen, in Bordellen, Parks oder an anderen Arbeitsorten verhaftet. Dabei zielt die Strafverfolgung überwiegend auf diejenigen Sexarbeiter\_innen ab, die im öffentlichen Raum auf der Straße arbeiten. Allerdings werden auch Sexarbeiter\_innen, die in geschlossenen Räumlichkeiten arbeiten, im Rahmen von Razzien zum Ziel der Strafverfolgung oder wenn Lokalitäten für Ermittlungen geschlossen werden. Diese Praktiken berauben Sexarbeiter\_innen ihres Einkommens.

In der Regel sind migrantische Sexarbeiter\_innen, vor allem diejenigen ohne Aufenthaltserlaubnis oder in irregulären Arbeitsverhältnissen, am stärksten von Gewalt und Missbrauch durch Polizei oder als Kund\_innen auftretende verdeckte Ermittler\_innen betroffen.

Das verdeutlicht, dass im Rahmen nationaler Gesetze Anti-Migrationsmaßnahmen mit Anti-Prostitutionsmaßnahmen gleichgesetzt werden, um Migrant\_innen verhaften und

abschieben zu können (wie z.B. im Fall der chinesischen Sexarbeiter\_innen in Paris im Jahr 2014 oder der Versuch Schwedens, Sexarbeiter\_innen aus EU-Ländern abschieben zu lassen, obwohl diese polizeilichen Praktiken illegal waren<sup>14</sup>).

**Das Netzwerk von TAMPEP hat diese Verstöße gegen Sexarbeiter\_innen, hauptsächlich migrantische, seit seiner Gründung im Jahr 1993 beobachtet und dokumentiert. TAMPEP ist überzeugt davon, dass das beste Instrument gegen diese Rechtsbrüche die Verteidigung von Rechten sowie rechtliche und polizeiliche Reformen sind.**

### Öffentliche Gesundheit

Sexarbeiter\_innen haben mit großen Hindernissen beim Zugang zu Präventionsmaßnahmen, Behandlungen und Pflegeleistungen zu kämpfen, hauptsächlich aufgrund von Stigmatisierung, Diskriminierung und Kriminalisierung. **Die zunehmende staatliche Repression und Kriminalisierung von Sexarbeit setzt Sexarbeiter\_innen verstärkt der Gefahr von Infektionen mit HIV oder anderen sexuell übertragbaren Krankheiten aus.** Sie werden dazu gezwungen, an versteckten Orten zu arbeiten, was die Zugangsmöglichkeiten zu Gesundheitsversorgung und Präventionsmaßnahmen verringert und ihre Menschenwürde untergräbt. Üblicherweise sind migrantische Sexarbeiter\_innen, besonders undokumentierte Migrant\_innen, von diesen Problemen stärker betroffen. Sie vermeiden Beratungsstellen und Gesundheitsdienstleistungen aus Angst, registriert und/oder abgeschoben zu werden.

**Verpflichtende Untersuchungen** auf sexuell übertragbare Krankheiten werden in manchen europäischen Ländern (wie z.B. Ungarn und Lettland) noch immer rechtlich eingefordert und praktiziert. Diese Maßnahmen verstoßen häufig gegen die Rechte von Sexarbeiter\_innen auf Vertraulichkeit und Privatsphäre. **Die Kriminalisierung der Übertragung von HIV**

<sup>12</sup> Siehe: <http://www.sexworkurope.org/general-news/560-ngos-and-94-researchers-demand-members-european-parliament-reject-ms-honeyball>

<sup>13</sup> <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2014-0162+0+DOC+XML+V0//DE>

<sup>14</sup> <http://rt.com/news/sweden-eu-sex-europe-719/>

stellt zudem ein ernstzunehmendes Risiko für vulnerable Gruppen dar, da es Sexarbeiter\_innen davon abhält, sich testen und behandeln zu lassen.

Außerdem haben eine Vielzahl von HIV- und Gesundheitsorganisationen einschließlich der WHO und UNAIDS Entscheidungsträger\_innen vor den gesundheitlichen Gefahren der Kriminalisierung von Sexarbeiter\_innen und/oder ihren Kund\_innen gewarnt. Wir zitieren an dieser Stelle den Bericht der **UNAIDS Advisory Group on HIV and Sex Work** aus dem Jahr 2011, der die UNAIDS Guidance on HIV and Sex Work 2009 begleitet:

*„Staaten müssen sich davon abwenden, Sexarbeit oder damit im Zusammenhang stehende Aktivitäten zu kriminalisieren. Die Entkriminalisierung von Sexarbeit muss die Abschaffung jener Strafbestände beinhalten, die den Kauf und Verkauf sexueller Dienstleistungen, das Betreiben von Bordellen, das Management von Sexarbeiter\_innen und andere Aktivitäten, die im Zusammenhang mit Sexarbeit stehen, betreffen.“*

Von Sexarbeiter\_innen selbst durchgeführte Interventionen müssen eine zentrale Rolle in der Reaktion auf HIV einnehmen, ebenso ist es äußerst wichtig, Sexarbeiter\_innen zuzuhören. Sexarbeiter\_innen erfahren aus erster Hand, wie diese Gesetze und ihre widrigen Umsetzungspraktiken ihre Menschenrechte verletzen und Fortschritte in der Bekämpfung von HIV verhindern. Trotzdem wird geschätzt, dass HIV-Präventionsprogramme nur weniger als ein Drittel aller Sexarbeiter\_innen im europäischen Raum erreichen. Die finanzielle Förderung von Interventionsprogrammen im Bereich Sexarbeit und HIV nimmt ab, obwohl ihre kosteneffektive Wirkung bewiesen ist.

**TAMPEP wird weiterhin die Bedürfnisse von Sexarbeiter\_innen in verschiedenen Foren der Europäischen Union betonen, um sicherzustellen, dass diese Bedürfnisse, einschließlich derer von migrantischen Sexarbeiter\_innen, in Programmen zur Prävention, Behandlung und Betreuung von HIV berücksichtigt werden.**

## **Homo- und Transphobie**

Andere Gesetze haben außerdem die Situation für männliche und Transgender Sexarbeiter\_innen verschlechtert, besonders in Zentral- und Osteuropa einschließlich der GUS-Länder. Gesetze gegen Homosexualität in Ländern wie Russland und der Ukraine ziehen immer stärker werdende Homo- und Transphobie und immer weniger Akzeptanz gegenüber LGBT-Menschen nach sich, was besonders männlichen und Trans-Sexarbeiter\_innen schadet. Mehrere Formen von Stigmatisierung und Diskriminierung erfahren zu müssen bedeutet für diese Gruppen häufig den Verlust ihrer grundlegenden Menschenrechte.

**Gesellschaftliche Homophobie, Gesetze gegen Homosexualität und der Mangel an rechtlichen Schutzmaßnahmen gegen Diskriminierung sind gravierende Hindernisse für Transgender und männliche Sexarbeiter\_innen beim Zugang zu Information, Dienstleistungen und Angeboten im Bereich der sexuellen Gesundheit.**

## **Kommentare von TAMPEP zu den momentanen Prostitutionsregelungen in Europa**

**TAMPEP beobachtet mit Besorgnis, dass Aktionen gegen Sexarbeiter\_innen, besonders gegen Migrant\_innen dadurch legitimiert werden, dass Sexarbeit als ein Bereich aufgefasst wird, der durch organisierte Kriminalität und „Sexsklaven“ definiert ist.**

Die strukturellen Bedingungen und Gesetze, die sich auf inländische wie migrantische Sexarbeiter\_innen und die Sexindustrie insgesamt negativ auswirken, werden nicht als zentrale Faktoren betrachtet, wenn die Vulnerabilität von Sexarbeiter\_innen (inklusive sexueller Ausbeutung und Menschenhandel) thematisiert wird.

TAMPEP bestätigt, dass die Maßnahmen der EU-Mitgliedsstaaten im Zuge des Kampfes gegen Menschenhandel häufig in Anti-Prostitutionsstrategien (z.B. Razzien) oder Anti-Immigrationsansätzen (z.B. strengere

Grenzkontrollen) resultieren. Migrantische Sexarbeiter\_innen, besonders diejenigen ohne legalen Aufenthaltsstatus, sehen sich der ständigen Bedrohung ausgesetzt, verhaftet oder abgeschoben zu werden. Gewalt gegen diese Gruppe wurde außerdem in mehreren von der EU finanzierten Berichten dokumentiert<sup>15</sup>.

**Je schwieriger es wird, legal zu reisen und zu arbeiten, desto eher sind Sexarbeiter\_innen auf die Hilfe von Vermittler\_innen angewiesen. Die Abhängigkeit von Vermittler\_innen erhöht die Kosten der Migration und macht Sexarbeiter\_innen dadurch anfälliger für Betrug, wodurch die Gefahr der Ausbeutung für Sexarbeiter\_innen erhöht wird.<sup>16</sup>**

*The Global Network of Sex Work Projects*

Diese Interpretation von Menschenhandel, die die EU Strategien beeinflusst hat, verschleiert sowohl die Verbindungen zwischen Migrationspolitik und „Menschenhandel“ also auch die Verbindungen zwischen Prostitutionspolitik und Zwangsarbeit in der Sexindustrie.<sup>17</sup>

Es besteht weiterhin der Bedarf, Entscheidungsträger\_innen und Politikerinnen den Unterschied zwischen Menschenhandel und Sexarbeit auf sowohl rechtlicher als auch praktischer Ebene zu erklären. Obwohl die negativen Auswirkungen der Maßnahmen zur Bekämpfung des Menschenhandels auf Sexarbeiter\_innen für manche Mitglieder des Europäischen Parlaments nicht politisch relevant sind, können sowohl die Ineffizienz der bisherigen Bekämpfung des Problems als auch die Auseinandersetzung mit den Rechten der Opfer verfolgenswerte Strategien sein.

Die Gleichsetzung von Sexarbeit und Menschenhandel hat sowohl in der politischen Debatte als auch in den Medien übertriebene Ausmaße erreicht. TAMPEP betont immer wieder, dass eine verstärkte Sichtbarkeit von

Sexarbeiter\_innen in diesen Debatten einen Weg darstellen kann, um Opfermythen zu bekämpfen und ein Bewusstsein für die Situation von Sexarbeiter\_innen in Europa zu schaffen. Außerdem ist TAMPEP davon überzeugt, dass Sexarbeiter\_innen gute Verbündete im Kampf gegen Menschenhandel sein können, da sie auf tatsächliche Opfer hinweisen könnten, sofern sie nicht selbst häufig kriminalisiert und unterbunden werden würden.

### **Die Position von TAMPEP**

Es scheint bisher nicht genug gewesen zu sein, die Menschenrechtsverstöße, die Sexarbeiter\_innen widerfahren, zu beschreiben und hervorzuheben, um konservative Interpretationen der Sexindustrie und der in der Sexarbeit tätigen Menschen zu untergraben.

In Anbetracht der weiterhin Missbrauch fördernden Regulierungen von Sexarbeit und eines Klimas der repressiven Sozialpolitik halten feministische und migrantische Netzwerke, politische Partner\_innen, Verbündete und andere Interessensgruppen zu integrierten Aktionen der Zivilgesellschaft an, um Sexarbeiter\_innen zu unterstützen, die Anerkennung und den Schutz ihrer Rechte zu sichern und die diskriminierenden Gesetze und Praktiken zu thematisieren.

**Wir bekräftigen unser Bekenntnis, die Kriminalisierung von Sexarbeit und das Schwedische Modell zu bekämpfen und laden alle Partner\_innen und Verbündete in Europa dazu ein, sich unserem Bestreben anzuschließen, allen Sexarbeiter\_innen in Europa die Inanspruchnahme ihrer Menschenrechte zu ermöglichen.**



[www.tampep.eu](http://www.tampep.eu)

<sup>15</sup> <http://www.indoors-project.eu>

<sup>16</sup> <http://www.nswp.org/resource/sex-work-not-trafficking>

<sup>17</sup> [http://tampep.eu/documents/positionpaper\\_migrationsexworkers\\_en.pdf](http://tampep.eu/documents/positionpaper_migrationsexworkers_en.pdf) und [http://tampep.eu/documents/positionpaper\\_traffickinginwomen.pdf](http://tampep.eu/documents/positionpaper_traffickinginwomen.pdf)